

Friedensinitiative Rosenheim
Veronika Herwegh
Peggy Galic
Florian D. Pfaff



Friedensinitiative
Rosenheim

Deutscher Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Halfing, den 08.04.2025

Beschwerde wegen Verstoßes gegen den Pressekodex durch das Oberbayerische Volksblatt, Rosenheim vom 29.03.2025/ 01.04.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die neue Friedensinitiative Rosenheim wurde am 11.03.2025 von uns gegründet und mit einer angezeigten Versammlung in Rosenheim am 22.03.2025 mit, lt. Polizei, über 1.000 Teilnehmern „aus der Taufe gehoben“. Unsere Lokalzeitung hat über unseren ersten Friedensmarsch in einer Art und Weise berichtet, die unseres Erachtens mit dem Pressekodex unvereinbar ist. Am 29.03.2025 veröffentlichte das Oberbayerische Volksblatt den Artikel „Allianz des Misstrauens: Was es mit der Rosenheimer Friedensinitiative wirklich auf sich hat“ ^{*1} online. Der in der Anlage beigefügte Scan ist nahezu der gleiche Text, erschienen am 01.04.2025 in der Printausgabe – mit dem Titel „Frieden unter falscher Flagge?“. Wir bitten, die unlautere Art der beiden Veröffentlichungen zu rügen und den Verlag zur Richtigstellung aufzufordern (Ziffer 16 Pressekodex).

Die Friedensinitiative Rosenheim wurde offen hetzerisch als Ansammlung sektiererischer, verschwörungsideologischer, undemokratischer, verantwortungsloser und verlogener Schwarz-Weiß-Denker mit Nähe zu extrem Rechten, die durch ihr Auftreten sogar helfen, die Nazi-Verbrechen zu verharmlosen, dargestellt. Dies ist keine objektive Berichterstattung.

Unangemessene Herabwürdigungen stehen dem Pressekodex entgegen und sind schädlich.

Eigentlich bedürfen Wortwahl und Methoden der OVB-Veröffentlichungen keines Kommentars, da man die betreffenden Artikel nur unvoreingenommen lesen muss. Dennoch möchten wir kurz an einigen Beispielen aufzeigen, welcher Unterschied zwischen zulässiger Berichterstattung und über den Auftrag einer Zeitung hinausgehende Meinungsmache besteht. Daher bitten wir um unverzügliche Ergreifung der notwendigen Korrekturmaßnahmen. Nachfolgende Argumente betreffen die Ziffern 3, 9, 10, 11.1, 12 und 13.3 des Pressekodex:

1. Weder Frau Heise noch einer der von ihr zitierten Experten waren offenbar bei dem Friedensmarsch anwesend. Von der Redakteurin wurden wir zwar im Vorfeld der Berichterstattung mit 5 Fragen konfrontiert, diese wurden jedoch nur bruchstückhaft veröffentlicht. Weitere diffamierende Behauptungen wurden ungeprüft veröffentlicht. Die von Frau Heise an uns gerichteten Fragen und unsere Antworten finden sich in Anl. 2.

2. „Rechtsoffenheit“ wurde konstruiert, obwohl dies dem Teilnehmerkreis nicht entspricht. So wurde z.B. aus Unzufriedenheit mit der Politik Reichsbürgernähe konstruiert. Die Zitate von der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung aus der Rede von Vroni Herwegh wurden als deren Worte und negativ dargestellt. Es wurde die Verharmlosung von Nazi-Verbrechen behauptet, aber nicht begründet, was am Zitieren (kritikfähiger) offizieller Verlautbarungen „Nazi-relativierend“ sein könnte.
3. Ohne konkrete Benennung, um welche „Verschwörungsideologie“ es sich handeln solle, wurde unterstellt, es habe sich um Verschwörungsideologen gehandelt. Tatsächlich war bei dem gesamten Friedensmarsch von keiner einzigen Verschwörungstheorie die Rede. (Falls mit dieser Behauptung frühere Thesen der Partei „dieBasis“ gemeint waren, wurde deren inzwischen erwiesener Wahrheitsgehalt - siehe RKI-Protokolle - nicht erwähnt. Auch dies muss als grundloses Negativ-Framing empfunden werden und hat mit den Reden während der Veranstaltung nichts zu tun.)
4. Es wurde behauptet, Größe und Breite der Bewegung seien „simuliert“ worden. In Wahrheit waren die Teilnehmer (< Tausend) und ihre Vielfalt real. Simulation war weder beabsichtigt, noch war etwas in diese Richtung erkennbar.
5. Ferner wurde ohne Beleg eine „Täter-Opfer-Umkehr“ behauptet, die ebenfalls nicht erfolgt war.
6. Es wurde herabwürdigend nicht über Menschen berichtet, die sich versammelt hatten, sondern von dem (sächlich), „**was** auf die Straße gegangen“ sei. Menschen sind aber keine **Sache**.
7. „Querdenken“ wurde im (inzwischen üblichen) negativen Sinn in dem Kontext behauptet, so wie früher bei der Corona-Berichterstattung. Korrekt wäre die Bezeichnung „Andersdenkende“ oder im positiven Sinn bestenfalls „abweichend“ Denkende gewesen. Der Gedanke der Friedfertigkeit ist in Wahrheit nicht abweichend oder ungewöhnlich. Er ist auch nicht undemokratisch.
8. Die Diskussionsbereitschaft der Partei „dieBasis“ mit Allen wurde als Rechtsoffenheit hingestellt, obwohl gerade diese Partei sich von Rechts klar distanziert. Ein Beleg zu dem Vorwurf wurde nicht genannt.
9. Schon die Auswahl der Experten lässt die Zielsetzung klar erkennen. Während kein bekannter Friedensforscher und keine Institution wie etwa ein Friedensforschungsinstitut um eine Stellungnahme gebeten worden war, wurde ein **Sektenbeauftragter(!)** bemüht, als ob es sich bei den Teilnehmern oder bei der Friedensbewegung insgesamt um eine Sekte handelte.
10. Die Aussage von Peggy Galic, GG Art. 143 (h) sei geändert worden und damit die in der Ausgabe 2023 der Landeszentrale Bayern für politische Bildung betreffende Passage „...außer Kraft“, wurde so hingestellt, als sei die Gültigkeit des Grundgesetzes insgesamt bestritten worden. Das ist natürlich völlig abwegig.
11. Eine Stellungnahme in Form eines Leserbriefes wurden Peggy Galic und Vroni Herwegh verweigert mit der Begründung „...Als Funktionsträgerin der neu gegründeten Friedensinitiative können Sie sich zu diesem Thema leider nicht in Form eines Leserbriefes äußern.“

*1 <https://www.ovb-online.de/rosenheim/rosenheim-stadt/rosenheim-das-steckt-hinter-neu-gegruendeten-friedensinitiative-93653142.html>

Diese Beispiele zeigen den Korrekturbedarf. Nicht die für Frieden Demonstrierenden, sondern deren Herabwürdigung und derartige Verunglimpfung schädigen den demokratischen Diskurs und das Vertrauen in die Medienberichterstattung. Alles in allem fehlte es nicht an unbelegten und somit unhaltbaren Vorwürfen.

Der Umgang miteinander sollte in einer Demokratie nicht von Schmähungen und Unwahrheiten geprägt sein.

Wir möchten uns bei Ihnen bereits jetzt bedanken, dass Sie sich mit unserem Anliegen beschäftigen und freuen uns auf eine baldmögliche Stellungnahme seitens des Presserats.

Mit friedfertigen und herzlichen Grüßen

Veronika Herwegh
Peggy Galic
Florian D. Pfaff

Anlagen:

- Scan des in der Printausgabe am 01.04.2025 veröffentlichten Artikel
- Fragen des OVB an uns und Antworten